



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #FLASH

7. Verhandlungsbox zur Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2023

NGEU-Kreditkosten

Bei den NGEU Kreditkosten gibt es im Vergleich zu der letzten Verhandlungsbox eine Änderung, genauer gesagt zwei Optionen.

Die erste Option bleibt wie in der letzten Version - Verankerung der Zinskosten in der Rubrik 2b. Die Spanische Ratspräsidentschaft geht von einer Entwicklung der Zinskosten wie folgt aus:

2025 - 2,33 Mrd. Eur

2026 - 3,2 Mrd. Eur

2027 - 4,17 Mrd. Eur

Die zweite Option schlägt einen Kaskade-Mechanismus in drei Schritten vor, um die erwarteten Kosten jährlich zu decken.

Schritt eins wäre, die Kosten normal in den Haushalten zu planen, sollten die Kosten trotzdem steigen und nicht durch das geplante Budget gedeckt werden können, soll in Schritt zwei dies Teil der jährlichen Haushaltsverhandlung werden, in dem aus anderen Programmen (nicht notwendigerweise Rubrik 2b) Umschichtungen vorgenommen werden, um die Kosten zu decken.

Sollte das Geld trotzdem unzureichend sein, soll ein neues Instrument außerhalb der Obergrenzen geschaffen werden, was die zusätzlichen Kosten decken soll und nur aktiviert werden soll, wenn zusätzlicher Kostenbedarf zu den oben genannten Kalkulationen entsteht.

Die zweite Option ist ein Kompromiss zwischen den Positionen der Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament. Jedoch ist es immer noch unzureichend und bei Schritt zwei laufen die Mitgliedstaaten Gefahr, jedes Jahr neu über die Kosten zu verhandeln und welche Programme dafür bluten müssen. Dies wird aufgrund des sowieso schon auf Kante gestrickten Mehrjährigen Finanzrahmens jedes Jahr aufs Neue eine Schlacht zwischen Parlament und Mitgliedstaaten, zusätzlich zu den zähen Verhandlungen, die wir jetzt schon über die wichtigsten Programme haben.

Ukraine

Bei den Zuweisungen für die Ukraine-Fazilität hat sich nichts geändert: sie bleiben bei 50 Mrd. Euro, davon sind 33 Mrd. Euro Kredite und 17 Mrd. Euro sind Zuschüsse. Durch die Integration von Zinszuschüssen für die Ukraine für die MFA+-Darlehen 2023 (geschätzt auf 2,3 Mrd. Euro), die von den Mitgliedstaaten übernommen werden sollten, letztlich aber von der EU unterstützt wurden, werden die der Ukraine zur Verfügung stehenden Zuschüsse jedoch erheblich verringert.

Die Verhandlungsbox enthält weiterhin den Vorschlag, alle Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten von den Beiträgen der Mitgliedstaaten zur Fazilität abzuziehen. Dabei handelt es sich um externe zweckgebundene Einnahmen, die Schätzungen zufolge zwischen 15 und 17 Milliarden Euro liegen. Allerdings gibt es derzeit keine Rechtsgrundlage für die Verwendung beschlagnahmter russischer Vermögenswerte für den EU-Haushalt, und es ist auch nicht klar, wie ein solches System in der Praxis umgesetzt werden würde, und was noch wichtiger ist: Aus unserer politischen Sicht ist es sehr schwierig, solche Einnahmen davon abzuziehen und durch diesen Mechanismus die Zuschüsse an die Ukraine zu erhöhen, anstatt sie einfach mit frischem Geld zu erhöhen – auch weil die Ukraine dringend Zuschüsse benötigt.

Rubrik 4 (Migration) – Rubrik 6 (Globales Europa) und Solidaritäts- und Soforthilfereserve (SEAR)

Rubrik 4 (Migration) soll mit dem Migrationspakt um 2 Mrd. Euro aufgestockt werden, davon 1,1 Mrd. Euro durch Umschichtungen und 0,9 Mrd. Euro durch frisches Geld.

Die Verhandlungsbox sieht eine Aufstockung der SEAR um 1,5 Milliarden Euro vor, verglichen mit 2,5 Milliarden Euro im Vorschlag der Kommission und 4,5 Milliarden Euro im Standpunkt des Parlaments. Es beinhaltet auch eine Aufteilung in die beiden Bestandteile des SEAR (unterstützt vom Parlament): den Solidaritätsfonds (umbenannt in Europäische Solidaritätsreserve), der den Mitgliedstaaten Unterstützung bei Naturkatastrophen und Gesundheitsnotfällen bietet, und die Nothilfereserve, die beides innerhalb unterstützt und außerhalb der Union im Zusammenhang mit humanitären Katastrophen und anderen Notfällen. Die vorgeschlagene Aufteilung beträgt 2:1 (in der vergangenen Verhandlungsbox war der Anteil 3:1), was etwas besser wäre für die Humanitäre Hilfe.

Eigenmittel:

Die Verhandlungsbox erwähnt zum ersten Mal die Roadmap der Eigenmittel, zu deren Einhaltung sich die Mitgliedstaaten bekennen. Dies ist positiv zu bewerten.

Der Rat hat ein Paket möglicher neuer Eigenmittel auf dem Tisch, die jedes Jahr zusätzliche Beträge in den Haushalt einbringen könnten.

Dadurch könnten die notwendigen Einnahmen geschaffen werden, um die Finanzierung des gestiegenen Bedarfs im aktuellen MFR zu ermöglichen und die Finanzierung der Prioritäten des MFR (der NGEU-Kreditkosten) zu ermöglichen, wie in der Roadmap für die Eigenmittel in 2020 vereinbart, ohne die Belastung der Haushalte der Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Wir erwarten vom Rat nun eine schnelle Umsetzung der Eigenmittelvorschläge der EU-Kommission sowie die Bereitschaft, in naher Zukunft neue Eigenmittel einzuführen.

Bewertung:

Die neue Verhandlungsbox ist definitiv ein Signal für einen Kompromiss unter den Mitgliedstaaten. Für uns Grüne/EFA sowie das EU-Parlament ist der neue Vorschlag weiterhin sehr entfernt von unserer Position. Was allerdings ein größeres Problem als die Zahlen, ist der Zeitdruck.

Die Ukraine ist kriegsmüde, und die Unterstützung in der Bevölkerung und bei unseren amerikanischen Partnern bricht weg. Falls die Ukraine-Fazilität diese Woche nicht auf den Weg gebracht wird, wäre dies ein herber Rückschlag für die Ukraine, von dem sie sich eventuell kaum noch erholen kann. Hier sind vor allem Kommissionspräsidentin von der Leyen, Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident Macron gefordert, Druck auf Viktor Orbán auszuüben. Der Bundeskanzler darf nicht im Schlafwagen zum Ratsgipfel anreisen, sondern muss trotz innenpolitischer Probleme hellwach sein. Wir brauchen den Kanzler, damit der Knoten durchschlagen wird.

Aber auch triste Verhandeln um frisches Geld für die so wichtigen Investitionen wird der EU und ihren Bürger*innen nicht gerecht. Die Staats- und Regierungschefs verspielen unsere Handlungsfähigkeit. Während unsere Infrastruktur maroder wird, investieren andere Teile massiv in ihre Wettbewerbsfähigkeit. Kanzler Scholz handelt kurzsichtig, wenn er nicht bereit ist, den EU-Haushalt zukunftsfähig auszustatten. Nur wenn wir jetzt gemeinsam europäisch investieren können, können wir unseren Wohlstand sichern und auf ein neues Fundament stellen. Der EU-Haushalt ist auf Kante genäht, und durch Umschichtungen allein werden wir keine Lösung finden. Wer jetzt nicht bereit ist zu investieren, wird morgen mit großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen aufwachen. Der Bundeskanzler ist der größte Bremsklotz für zukunftsfähige und gemeinsame Investitionen. Es wird Zeit, dass er aufwacht.



Kennen Sie schon unseren **neuen Podcast "Money Matters - zukunftsfähige Finanzpolitik"**? Jetzt auf [Spotify](#), [Apple Podcast](#), [Youtube](#) und überall wo es Podcasts gibt.

Ihnen hat der Money Matters gefallen, dann empfehlen Sie den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Sie haben Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreiben Sie uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melden Sie sich mit ihrer eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

Copyright © 2023, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier](#) um sich aus dem Verteiler abzumelden.